

Große Anfrage

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 5. 3. 1987

Betr.: Maßnahmen zur Verringerung der Luftschadstoffbelastung

Die Smog-Wetterlagen der letzten Wochen haben eindringlich deutlich gemacht, daß alle Anstrengungen zur Verminderung der Schadstoffbelastung der Luft unternommen werden müssen. Die Bundesregierung hat ab 1983 durch ein Bündel von gesetzgeberischen Maßnahmen die Wende im Bereich der Luftreinhaltung eingeleitet. Die wichtigsten Regelungen zur Verminderung des Schadstoffauswurfes bei den industriellen Hauptemittenten sind die Großfeuerungsanlagen-Verordnungen und die Novellierung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen und der TA Luft. Erstmalig wurde dabei eine generelle Pflicht zur Nachrüstung von Alt-Anlagen eingeführt, die das größte Emissionsminderungspotential darstellen. Die jüngsten Ereignisse haben ferner gezeigt, daß über inländische Maßnahmen hinaus weitere internationale Anstrengungen erforderlich sind, um tiefgreifende Verbesserungen bei der Luftschadstoffbelastung zu sichern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Zielsetzungen

1.1 Welche internationalen Verpflichtungen ist die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der Schwefeldioxid- und Stickoxid-Emissionen aus stationären Anlagen bis 1993 eingegangen?

1.1.1 Wie sind diese Verpflichtungen im internationalen Vergleich zu werten?

1.2 Sieht die Landesregierung über die mit der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und die TA Luft erfaßten Bereiche (Kraftwerk und Industrie) hinaus die Notwendigkeit, gesetzliche Regelungen für Emissionsminderungen bei weiteren Verursachergruppen zu erlassen?

1.2.1 Welche Möglichkeiten sieht sie, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft weitere Verbesserungen für den Betrieb schadstoffarmer Kraftfahrzeuge erreichen zu können?

Wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem Verbot von verbleitem Normalbenzin?

2. Gegenläufige politische Forderungen

2.1 Wie beurteilt die Landesregierung die Forderung der Grünen nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie im Hinblick auf mögliche Folgen für die Schadstoffbelastung der Luft?

Sind die Annahmen realistisch, der Einsatz fossiler Brennstoffe anstelle der Kernenergie lasse sich durch alternative Energiequellen vermeiden?

- 2.2 Welche Auswirkungen auf die Qualität der Luft würden sich bei dem von der SPD verlangten schrittweisen Ersatz der Kernenergie innerhalb der nächsten 10 Jahre ergeben?
3. Stand der Durchführung in Niedersachsen
 - 3.1 Wie ist der Stand der Nachrüstung nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung?
 - 3.1.1 Welche Schadstoffminderungen wurden bei Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub zu den gesetzlichen Nachrüstefristen erreicht?
 - 3.2 Wie ist der Durchführungsstand bei der neuen TA Luft in Niedersachsen?
 - 3.2.1 Läßt sich der Erfolg, der bei der Altanlagen-Sanierung zu erreichenden Emissionsminderungen vorhersagen?
 - 3.3 Wie weit ist die Durchführung der von der Landesregierung geplanten großräumigen Emissionsmessungen und des Einsatzes der landeseigenen Luftüberwachungsstationen gediehen?
4. Luftschadstoffe und Gesundheit
 - 4.1 Bestanden während der jüngsten Smog-Wetterlagen Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten?
 - 4.1.1 Welche Bedeutung haben die Schadstoffwerte in der Verordnung zur Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen bei austauscharmen Wetterlagen (Smog-Verordnung) vom 19. Dezember 1985?
 - 4.2 Ist die Behauptung zutreffend, daß aufgrund der jüngsten Smog-Wetterlagen in Krankenhäusern und Arztpraxen ein deutlicher Anstieg von Behandlungsfällen bei Kreislauf- und Atemwegserkrankungen festzustellen war?
 - 4.3 Sieht die Landesregierung einen Aufklärungsbedarf für die Bevölkerung bei der Einschätzung der gesundheitlichen Folgen von Smog-Situationen?

Für die Fraktion der CDU
Grill
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP
Fischer
Stellv. Fraktionsvorsitzender